Ausgabe 33 | August 2019

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

Steuern

Bundesfinanzhof

- Übernahme von Steuerberatungskosten bei Nettolohnvereinbarung kein Arbeitslohn
- Rentenberater sind gewerblich tätig
- Verpächterwahlrecht bei Beendigung unechter Betriebsaufspaltung - Bedeutung des Sonderbetriebsvermögens bei Einbringung eines Mitunternehmeranteils in Personengesellschaft
- Vermietung von Ausstellungsflächen durch gemeinnützige Vereine
- Fahrschulunterricht ist nicht umsatzsteuerfrei
- Umsatzsteuer: Steuerentstehung bei ratenweise vergüteten Vermittlungsleistungen

Finanzgerichte

- Zahlungen der NATO an einen bei der ISAF in Afghanistan beschäftigten und in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmer sind nicht steuerfrei
- Kein Nachweis der fast ausschließlich betrieblichen Nutzung eines Pkw durch nachträglich erstellte Auflistungen
- Kann eine selbständig tätige Tagesmutter Aufwendungen für ihr Eigenheim, in dem sie mehrere Kinder betreut, anteilig als Betriebsausgaben geltend machen?
- Kein Betriebsausgabenabzug für Reisekosten der den Steuerberater begleitenden Ehefrau
- Aufwendungen für den Besuch eines Fitness- und Gesundheitsclubs als außergewöhnliche Belastungen
-

Abzugsfähigkeit von Spenden an die griechisch-katholische Kirche in Rumänien
- Änderungsbefugnis nach § 174 Abs. 4 Abgabenordnung
- Widerruf eines außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans
- Leistungsort bei Vermittlung von Sportwetten an eine belgische Gesellschaft
- Keine umsatzsteuerfreie Vermietung an Prostituierte bei weiteren Zusatzleistungen

Finanzverwaltung

- Lohn-/einkommensteuerliche Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen
- Amtliches Muster für den Investmentanteil-Bestandsnachweis nach § 9 Absatz 1 Nummer 3 InvStG
- Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995
- Besteuerung von Versicherungserträgen im Sinne des § 20 Absatz 1 Nummer 6 EStG
- Steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung
- Umsatzsteuervergünstigungen auf Grund Art. 67 Abs. 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (NATO-ZAbk)

Weitere Meldungen

- Bei welchen Mandanten könnte zu prüfen sein, ob Aufwendungen für die Sanierung eines Entwässerungskanals bei gleichzeitigem Abriss und Neubau eines Hauses als Herstellungskosten oder als sofort abzugsfähige Erhaltungsaufwendungen zu qualifizieren sind?
- Förderung des Mietwohnungsneubaus - Neuregelung gilt ab sofort

Recht

Zivilrecht

- Trennungsunterhalt auch ohne früheres Zusammenleben

Wirtschaft

Branchen

- Branchenreport Augenoptiker - Positives Marktumfeld

Finanzen

- Baufinanzierung - Mit wenig Aufwand Tausende Euro sparen

Steuern

Bundesfinanzhof

Übernahme von Steuerberatungskosten bei Nettolohnvereinbarung kein Arbeitslohn

Bundesfinanzhof, VI-R-28/17, Pressemitteilung vom 16.08.2019

Die Übernahme von Steuerberatungskosten des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber führt nicht zu Arbeitslohn, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Nettolohnvereinbarung abgeschlossen haben und der Arbeitnehmer seine Steuererstattungsansprüche an den Arbeitgeber abgetreten hat. Dies hat der BFH entschieden und damit seine bisherige, anders lautende Rechtsprechung aufgegeben.

mehr in LEXinform 0450168 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Rentenberater sind gewerblich tätig

Bundesfinanzhof, VIII-R-2/16, Pressemitteilung vom 16.08.2019

Der BFH hat entschieden, dass Rentenberater nicht freiberuflich i.S.d. § 18 EStG tätig sind, sondern gewerbliche Einkünfte erzielen. Danach üben Rentenberater weder einen dem Beruf des Rechtsanwaltes oder Steuerberaters ähnlichen Beruf aus (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG) noch erzielen sie Einkünfte aus selbständiger Arbeit gem. § 18 Abs. 1 Nr. 3 EStG.

mehr in LEXinform 0450169 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Verpächterwahlrecht bei Beendigung unechter Betriebsaufspaltung - Bedeutung des Sonderbetriebsvermögens bei Einbringung eines Mitunternehmeranteils in Personengesellschaft

Bundesfinanzhof, IV-R-12/16, Urteil vom 17.04.2019

1. Die Grundsätze über das Verpächterwahlrecht gelten nicht nur bei Beendigung einer "echten Betriebsaufspaltung", sondern auch dann, wenn eine "unechte Betriebsaufspaltung" beendet wird (Anschluss an BFH-Urteil vom 17. April 2002 - X R 8/00, BFHE 199, 124, BStBl II 2002, 527, unter B.II.3.c bb (1)).
2. Für die Einbringung des ganzen Mitunternehmeranteils nach § 24 Abs. 1 UmwStG reicht es aus, wenn wesentliche Betriebsgrundlagen im Sonderbetriebsvermögen der Ausgangsgesellschaft in das Sonderbetriebsvermögen der Zielgesellschaft überführt werden; eine Übertragung in das Gesamthandsvermögen ist nicht erforderlich.

mehr in LEXinform 0950777 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Vermietung von Ausstellungsflächen durch gemeinnützige Vereine

Bundesfinanzhof, V-R-70/17, Urteil vom 26.06.2019

Werbung i.S. von § 64 Abs. 6 Nr. 1 AO ist auch durch die Vermietung von Standflächen bei Kongressen möglich.

mehr in LEXinform 0951750 | Steuerliches Verfahrensrecht

Fahrschulunterricht ist nicht umsatzsteuerfrei

Bundesfinanzhof, V-R-7/19, Pressemitteilung vom 16.08.2019

Fahrunterricht in einer Fahrschule zum Erwerb der Fahrerlaubnisklassen B

und C1 (Kraftfahrzeuge mit zulässiger Gesamtmasse von nicht mehr als 3.500 kg) ist nicht umsatzsteuerfrei. Nach Auffassung des BFH handelt es sich um sog. spezialisierten Unterricht, nicht aber um die Vermittlung, Vertiefung und Entwicklung von Kenntnissen und Fähigkeiten in Bezug auf ein breites und vielfältiges Spektrum von Stoffen wie es für den umsatzsteuerfreien Schul- und Hochschulunterricht kennzeichnend ist.

mehr in LEXinform 0450167 | Umsatzsteuer

Umsatzsteuer: Steuerentstehung bei ratenweise vergüteten Vermittlungsleistungen

Bundesfinanzhof, V-R-8/19, Urteil vom 26.06.2019

Unternehmer können sich bei ratenweise vergüteten Vermittlungsleistungen auf eine unmittelbare Anwendung von Art. 64 Abs. 1 MwStSystRL berufen.

mehr in LEXinform 0952275 | Umsatzsteuer

Finanzgerichte

Zahlungen der NATO an einen bei der ISAF in Afghanistan beschäftigten und in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmer sind nicht steuerfrei

Finanzgericht Rheinland-Pfalz, 5-K-1077/17, Pressemitteilung vom 14.08.2019

Das FG Rheinland-Pfalz hat entschieden, dass der Arbeitslohn, den ein Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Deutschland für seine Tätigkeit bei der ISAF (International Security Assistance Force) in Afghanistan von der NATO erhält, in Deutschland einkommensteuerpflichtig ist.

mehr in LEXinform 0450153 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Kein Nachweis der fast ausschließlich betrieblichen Nutzung eines Pkw durch nachträglich erstellte Auflistungen

Finanzgericht Münster, 7-K-2862/17-E, Pressemitteilung vom 15.08.2019

Das FG Münster hat entschieden, dass die für Zwecke des § 7g EStG erforderliche fast ausschließliche betriebliche Nutzung eines Pkw nicht durch nachträglich erstellte Unterlagen nachgewiesen werden kann.

mehr in LEXinform 0450159 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Kann eine selbständig tätige Tagesmutter Aufwendungen für ihr Eigenheim, in dem sie mehrere Kinder betreut, anteilig als Betriebsausgaben geltend machen?

Finanzgericht Baden-Württemberg, 8-K-751/17, Pressemitteilung vom 15.08.2019

Eine selbständig tätige Tagesmutter kann neben den Pauschbeträgen keine weiteren Aufwendungen für ihr Eigenheim, in dem sie mehrere Kinder betreut, anteilig als Betriebsausgaben geltend machen. Eine Kombination aus flächenmäßiger und zeitlicher Aufteilung der Gesamtkosten von

Gebäudeaufwendungen ist nicht praktikabel. So entschied das FG Baden-Württemberg.

mehr in LEXinform 0450160 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Kein Betriebsausgabenabzug für Reisekosten der den Steuerberater begleitenden Ehefrau

Finanzgericht Münster, 2-K-2355/18-E, Mitteilung vom 15.08.2019

Aufwendungen für Auslandsreisen zu beruflichen Veranstaltungen eines Steuerberaters, die auf seine ihn begleitende Ehefrau entfallen, sind nicht als Betriebsausgaben abzugsfähig. Dies hat das FG Münster entschieden.

mehr in LEXinform 0450163 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Aufwendungen für den Besuch eines Fitness- und Gesundheitsclubs als außergewöhnliche Belastungen

Finanzgericht Köln, 7-K-2297/17, Urteil vom 30.01.2019

Aufwendungen für den Besuch eines Fitness- und Gesundheitsclubs sind jedenfalls dann nicht als außergewöhnliche Belastungen i.S.d § 33 EStG zu berücksichtigen, wenn der Steuerpflichtige keine ärztliche Verordnung i.S.d. § 64 Abs. 1 Nr. 1 EStDV vorlegt, sondern lediglich pauschale ärztliche Bescheinigungen, nach denen allgemein Sporttherapie, Krankengymnastik, Bewegungsübungen, Massagen und Bewegungsübungen im Bewegungsbad unter therapeutischer Anleitung benötigt und Aufbautraining der Muskulatur durch Bewegungsbäder, Muskeltraining sowie Gymnastikkurse angeraten werden.

mehr in LEXinform 5022334 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Abzugsfähigkeit von Spenden an die griechisch-katholische Kirche in Rumänien

Finanzgericht Köln, 9-K-1652/18, Urteil vom 08.05.2019

Spenden an die griechisch-katholische Kirche in Rumänien können gemäß § 10b Abs. 1 EStG berücksichtigt werden, da die griechisch-katholische Kirche in Rumänien einer Körperschaft des öffentlichen Rechts inländischer Prägung vergleichbar ist.

mehr in LEXinform 5022336 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Änderungsbefugnis nach § 174 Abs. 4 Abgabenordnung

Finanzgericht Baden-Württemberg, 13-K-89/17, Mitteilung vom 12.08.2019

Eine Änderung nach § 174 Abs. 4 AO ist auch zulässig, wenn das FA zuerst den Steuerbescheid erlässt oder ändert und erst dann die Aufhebung oder Änderung zugunsten des Steuerpflichtigen durchführt, auf der die Änderung nach § 174 Abs. 4 AO beruht. Dies setzt voraus, dass die Aufhebung oder Änderung zugunsten des Steuerpflichtigen vor Erlass der Einspruchsentscheidung über den Einspruch gegen den nach § 174 Abs. 4 AO geänderten Steuerbescheid erfolgt ist. So das FG Baden-Württemberg.

mehr in LEXinform 0450164 | Steuerliches Verfahrensrecht

Widerruf eines außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans

Finanzgericht Baden-Württemberg, 1-K-1519/18, Mitteilung vom 12.08.2019

Das FG Baden-Württemberg hat sich mit der Rechtsnatur, der Auslegung und dem Widerruf einer zwischen dem beklagten Finanzamt und dem Kläger außergerichtlich vereinbarten Schuldenbereinigung befasst.

mehr in LEXinform 0450162 | Steuerliches Verfahrensrecht

Leistungsort bei Vermittlung von Sportwetten an eine belgische Gesellschaft

Finanzgericht Baden-Württemberg, 1-K-412/17, Mitteilung vom 12.08.2019

Das FG Baden-Württemberg hat angeblich an belgische Gesellschaften vermittelte Sportwetten der Umsatzsteuer unterworfen. Die Klägerin konnte nicht nachweisen, dass sie ihre Vermittlungsleistungen im Ausland erbracht hat.

mehr in LEXinform 0450161 | Umsatzsteuer

Keine umsatzsteuerfreie Vermietung an Prostituierte bei weiteren Zusatzleistungen

Finanzgericht Münster, 5-K-2423/17-U, Mitteilung vom 15.08.2019

Das FG Münster hat entschieden, dass die Vermietung von Zimmern an Prostituierte umsatzsteuerpflichtig ist, wenn der Vermieter zusätzliche Leistungen an die Mieterinnen (z. B. Werbung, Teilnahme am „Düsseldorfer Verfahren“ und Videoüberwachung) erbringt.

mehr in LEXinform 0450165 | Umsatzsteuer

Finanzverwaltung

Lohn-/einkommensteuerliche Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen

Bundesministerium der Finanzen, IV C 5 - S-2332 / 07 / 0004 :004, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 08.08.2019

Das BMF hat vor dem Hintergrund der BFH-Urteile vom 11. November 2015 - I R 26/15 - (BStBl 2016 II Seite 489) und vom 22. Februar 2018 - VI R 17/16 - im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder Abschnitt A. IV. 2. b) des BMF-Schreibens vom 17. Juni 2009 (BStBl I Seite 1286) neu gefasst.

mehr in LEXinform 5236927 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Amtliches Muster für den Investmentanteil-Bestandsnachweis nach § 9 Absatz 1 Nummer 3 InvStG

Bundesministerium der Finanzen, IV C 1 - S-1980 - 1 / 16 / 10012 :009, Schreiben vom 07.08.2019

Das BMF teilt die Änderung des Schreibens vom 28. September 2018 zum Amtlichen Muster für den Investmentanteil-Bestandsnachweis mit. Es ist für Bescheinigungen anzuwenden, die ab dem 7. August 2019 ausgestellt werden.

mehr in LEXinform 5236930 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995

Bundesministerium der Finanzen, Mitteilung vom 12.08.2019

Das BMF hat einen Gesetzentwurf für einen weitgehenden Abbau des Solidaritätszuschlags vorgelegt. Danach sollen im ersten Schritt rund 90 Prozent der Zahler von Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer vollständig entlastet werden.

mehr in LEXinform 0450142 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Besteuerung von Versicherungserträgen im Sinne des § 20 Absatz 1 Nummer 6 EStG

Bundesministerium der Finanzen, IV C 1 - S-2252 / 19 / 10011 :004, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 09.08.2019

Das BMF hat sein Schreiben vom 1.10.2009 (BStBl I S. 1172) zur Besteuerung von Versicherungserträgen i.S.d. § 20 Absatz 1 Nummer 6 EStG unter Berücksichtigung der Änderungen durch die BMF-Schreiben vom 6.3.2012 (BStBl I S. 238) und vom 29.9.2017 (BStBl I S. 1314) angepasst.

mehr in LEXinform 5236928 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung

Bundesministerium der Finanzen, IV C 5 - S-2333 / 19 / 10001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 08.08.2019

Das BMF nimmt zur wahlweisen Verwendung von vermögenswirksamen Leistungen zum Zwecke der betrieblichen Altersversorgung und zu in diesem Zusammenhang gewährten Erhöhungsbeträgen des Arbeitgebers Stellung.

mehr in LEXinform 5236929 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Umsatzsteuervergünstigungen auf Grund Art. 67 Abs. 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (NATO-ZAbk)

Bundesministerium der Finanzen, III C 3 - S-7492 / 19 / 10002 :003, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 14.08.2019

Mit dem BMF-Schreiben wird Tz. 64 des BMF-Schreibens vom 22. Dezember 2004 (BStBl I S. 1200) in der Fassung des BMF-Schreibens vom 24. Juli 2017 (BStBl I S. 998) geändert.

mehr in LEXinform 5236932 | Umsatzsteuer

Weitere Meldungen

Bei welchen Mandanten könnte zu prüfen sein, ob Aufwendungen für die Sanierung eines Entwässerungskanals bei gleichzeitigem Abriss und Neubau eines Hauses als Herstellungskosten oder als sofort abzugsfähige Erhaltungsaufwendungen zu qualifizieren sind?

DATEV Redaktion LEXinform, Produktinformation vom 15.08.2019

Den Aufruf dieser aktuellen Auswertung sowie Informationen zum Daten-Analyse-System finden Sie im Dokument 2300017 in LEXinform/Info-Datenbank.

mehr in LEXinform 2300017 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Förderung des Mietwohnungsneubaus - Neuregelung gilt ab sofort

Deubner Verlag, Anmerkung vom 13.08.2019

Ab dem 09.08.2019 gilt die Neuregelung für die Förderung des Mietwohnungsneubaus, die u.a. zeitlich befristet Sonderabschreibungen gewährt.

mehr in LEXinform 0653660 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Recht

Zivilrecht

Trennungsunterhalt auch ohne früheres Zusammenleben

Oberlandesgericht Frankfurt am Main, 4-UF-123/19, Pressemitteilung vom 13.08.2019

Das OLG Frankfurt am Main hat entschieden, dass der Anspruch auf Trennungsunterhalt weder voraussetzt, dass die Beteiligten vor der Trennung zusammengezogen sind oder zusammen gelebt haben, noch dass es zu einer Verflechtung der wechselseitigen Lebenspositionen und zu einer inhaltlichen Verwirklichung der Lebensgemeinschaft gekommen ist.

mehr in LEXinform 0450147 | Familienrecht

Wirtschaft

Branchen

Branchenreport Augenoptiker - Positives Marktumfeld

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Analyse vom 16.07.2019

Augenoptiker bewegen sich in einem Wachstumsmarkt. Die Deutschen sind sehr brillenaffin und die demografische Entwicklung begünstigt den Verkauf hochwertiger und die Marge der KMU-Optiker bestimmenden Gleitsichtgläser.

mehr in LEXinform 2201006

Finanzen

Baufinanzierung - Mit wenig Aufwand Tausende Euro sparen

FMH Finanzberatung, Frankfurt, Pressemitteilung vom 01.08.2019

Die niedrigen Zinsen ermöglichen Finanzierungen zu Traumkonditionen. Doch Kunden ohne nennenswerte Ersparnisse zahlen oft horrende Aufschläge - insbesondere, wenn sie die individuellen Beleihungsgrenzen der Baufinanzierer nicht beachten. Wie Sie taktisch clever vorgehen, um bei Ihrer Baufinanzierung womöglich Tausende von Euro zu sparen. Quelle: FMH - Finanzberatung

› mehr in LEXinform 2094217

Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie bitte nicht die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms, sondern senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Abbestellung oder Datenänderung

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz

Datenschutz | Impressum © DATEV eG